



## **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**

### **26. Sitzung (öffentlich)**

5. Dezember 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:30 Uhr

Vorsitz: Margret Voßeler (CDU)

Protokoll: Uwe Scheidel

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>7</b>
– Aussprache	7
<b>1 Gesetz zur Änderung des Dritten Ausführungsgesetzes des Kinder- und Jugendhilfegesetzes</b>	<b>8</b>
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP und der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/3440	
– Aussprache	8
Der Ausschuss verständigt sich nach seiner Aussprache unter Berücksichtigung der Wortmeldungen aus den Fraktionen darauf, in der heutigen Sitzung nicht abschließend zu beraten, sondern die Abstimmung in der ersten Sitzung im Januar durchzuführen.	

**2 Bekenntnis zur Jugendbeteiligung mit Leben füllen – Verantwortung des Landes wahrnehmen. 10**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/44

Information 16/100

Zuschrift 16/52

– Aussprache 10

Der Ausschuss folgt einstimmig dem sich aus der Diskussion herauskristallisierenden Beschlussvorschlag des Abgeordneten Marcel Hafke (FDP).

**3 Bilanz für die Familie. Gute Rahmenbedingungen für ein familienfreundliches NRW – Familienförderung evaluieren und wirksamer gestalten 13**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/2118

Vorlage 16/987

Vorlage 16/1288

Ausschussprotokoll 16/394

– Aussprache 13

**4 Kinder kennen keine Grenzen – Erleichterungen für die Inanspruchnahme von gemeindefremden Kindertagesbetreuungsangeboten auf den Weg bringen 16**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/2622

Ausschussprotokoll 16/334

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Aussprache

16

Der Ausschuss stimmt über die einzelnen Aspekte des Forderungsteils des Antrags getrennt ab:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit – gegebenenfalls im Rahmen des zweiten KiBiz-Evaluierungsprozesses – mit den Kommunalen Spitzenverbänden und der Arbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter Empfehlungen oder einen Konsens für Ausgleichsmechanismen für die Aufnahme gemeindefremder Kinder zu erarbeiten, um die Inanspruchnahme von gemeindeübergreifenden Betreuungsangeboten im Sinne des Wunsch- und Wahlrechts der Eltern zu erleichtern.

Für diese Forderung stimmen CDU, FDP und Piraten, dagegen SPD und Grüne. - Damit ist die Forderung abgelehnt.

Die Landesregierung wird aufgefordert, falls dies gelingen sollte, eine landesgesetzliche Regelung einer finanziellen Ausgleichspflicht unter Beachtung des in der Landesverfassung verankerten Konnexitätsgrundsatzes auf den Weg zu bringen.

Für diese Forderung stimmen FDP und Piraten, dagegen SPD und Grüne. Die CDU-Fraktion enthält sich. - Damit ist diese Forderung abgelehnt.

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Landtag fortlaufend über den aktuellen Verfahrensstand zu informieren.

Für diese Forderung stimmen CDU, FDP und Piraten, dagegen SPD und Grüne. – Die Forderung ist damit abgelehnt.

Für den Antrag in seiner Gesamtheit stimmen FDP und Piraten, dagegen SPD und Grüne. Die CDU enthält sich. – Damit ist der Antrag Drucksache 16/2622 mehrheitlich abgelehnt.

**5 Kinderschutz stärken – Interkollegialen Austausch von Kinderärzten bei Verdacht auf Kindesmisshandlungen ermöglichen** **23**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/2433

Ausschussprotokoll 16/355

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Aussprache **23**

**6 Der Kinderwunsch darf nicht am Geld scheitern – Paare mit unerfülltem Kinderwunsch auch in NRW unterstützen!** **25**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/2624

Ausschussprotokoll 16/2624

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Aussprache **25**

Für den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 16/2624 stimmen die Fraktionen von CDU, FDP und Piraten. Gegen den Antrag stimmen SPD und Bündnis 90/Die Grünen. – Der Antrag ist damit abgelehnt.

**7 Größere Wertschätzung der Fankultur-Fanprojekte nachhaltig fördern! 30**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/3433

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/3514

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Aussprache 30

Da die Piratenfraktion ihren Antrag Drucksache 16/3433 zurückgezogen hat, kommt es zu keiner Abstimmung.

**8 Die Lebensqualität von schwerstkranken Kindern und ihren Familien verbessern – pädiatrische Palliativ- und Hospizversorgung in Nordrhein-Westfalen unterstützen und bedarfsgerecht weiterentwickeln 32**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/1620

– Abschließende Beratung und Abstimmung mit Votum an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

– Aussprache 32

Der Ausschuss erklärt sich mit dem vom Abgeordneten Hafke vorgeschlagenen Prozedere einverstanden, den Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 16/1620 ohne Votum zu schieben und an den AGS zu appellieren, sich im Sinne der schwerstkranken Kinder auf eine einvernehmliche Lösung zu verständigen.

**9 Sprachliche Bildung geschieht im Alltag – Sprachförderung im Elementarbereich neu ausrichten 33**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/4426

Entschließungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/4499

Der Ausschuss beschließt auf Vorschlag von Andrea Asch (GRÜNE) einvernehmlich, zum Thema des Tagesordnungspunktes eine Anhörung durchzuführen und erst im Nachgang zu dieser Anhörung in die inhaltliche Beratung des Themas einzusteigen.

**10 Versorgungsgaps in der Ü3-Betreuung ernstnehmen und frühzeitig beseitigen! 34**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/4431

Der Ausschuss beschließt auf Vorschlag von Bernhard Tenhumberg (CDU) einvernehmlich, zum Thema des Tagesordnungspunktes eine Anhörung durchzuführen.

**11 Gründe für die Bildung von KiBiz-Rücklagen bei den Kindertageseinrichtungsträgern in Höhe von 202 Millionen € 35**

Bericht  
der Landesregierung

- Ministerin Ute Schäfer (MFKJKS) berichtet 35
- Aussprache 36

**12 Verschiedenes 39**

- Nächster Sitzungstermin des AFKJ 39
- Einladung von Ministerin Ute Schäfer (MFKJKS) 39

## 1 Gesetz zur Änderung des Dritten Ausführungsgesetzes des Kinder- und Jugendhilfegesetzes

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU,  
der Fraktion der FDP und  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/3440

**Vorsitzende Margret Voßeler** resümiert das bisherige Beratungsverfahren: Das Plenum habe den Gesetzentwurf Drucksache 16/3440 in seiner 37. Sitzung am 11. Juli 2013 nach der ersten Lesung einstimmig an den hiesigen Ausschuss überwiesen. – Der AFKJ habe den Gesetzentwurf am 19. September 2013 erstmals beraten.

**Wolfgang Jörg (SPD)** erneuert sein Angebot aus der letzten Ausschusssitzung, mit den anderen Fraktionen zu einem gemeinsamen Papier zu kommen. Seine Fraktion werde gerne einen Vorschlag unterbreiten. Von der Opposition habe er bisher keine Reaktion vernommen.

(Zuruf: Stimmt nicht!)

– Gegebenenfalls lasse er sich eines Besseren belehren.

**Bernhard Tenhumberg (CDU)** moniert, im Ausschuss werde bereits eine Vielzahl von Beratungsthemen geschoben. Am 25. September sei vereinbart worden, dass die Regierungskoalition einen Gegenvorschlag erarbeiten und vorlegen wolle. Dieser Gegenvorschlag liege bisher aber noch nicht vor, wenngleich einige Absichten mündlich geäußert worden seien. Wegen der bisher ausreichend vorhandenen Zeit zur Beratung könne die Befassung heute abgeschlossen werden. Der Antrag sei gut und gebe die Intention wieder, wie sie aus dem Gespräch mit den Jugendlichen resultiere.

**Marcel Hafke (FDP)** erinnert daran, das Thema sei im Ausschuss bereits mehrfach Beratungsgegenstand gewesen. Die regierungstragenden Fraktionen hätten Änderungsvorschläge zugesagt. Er spreche sich gegen eine Abstimmung in der heutigen Sitzung aus und würde das Thema in der Hoffnung erneut schieben, bis Weihnachtens Vorschläge der Regierungskoalition zu erhalten. Dann könne im Januar-Plenum beschlossen werden.

(Bernhard Tenhumberg [CDU]: Ich schließe mich an!)

**Daniel Döngel (PIRATEN)** schließt sich seinen Vorrednern vollumfänglich an.

**Dagmar Hanses (GRÜNE)** ist erfreut, dass die antragstellenden Fraktionen „die Kurve kriegten“. Eine gemeinschaftliche Einigung darauf, dass die im Zusammenhang stehenden 100 Millionen € gesetzlich verankert würden, wäre schön.

Der Ausschuss verständigt sich nach seiner Aussprache unter Berücksichtigung der Wortmeldungen aus den Fraktionen darauf, in der heutigen Sitzung nicht abschließend zu beraten, sondern die Abstimmung in der ersten Sitzung im Januar durchzuführen.